Integrierte Leitstelle Ludwigsburg (ILS gGmbH)

Teilerneuerung der Hardware
und Netzwerktechnik
der Leitstellentechnik

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach § 17 VgV

Anlage 1:

LB ILS HW – Formulare zum Verfahren „2026-016-Erg“

Hinweis zum zweistufigen Verfahren: Die Formulare sind in zwei Teilen getrennt einzureichen. Teil 1 (Formulare 1.1 bis 1.4 einschließlich der Anlagen A und B) ist mit dem Teilnahmeantrag im Teilnahmewettbewerb (Phase 1) bis zum 22.12.2026, 09:00 Uhr, einzureichen. Teil 2 (Formulare 2.1 bis 2.6 einschließlich der Anlagen C bis F) ist nur von den zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bietern mit dem Angebot (Phase 2) bis zum 11.02.2027, 09:00 Uhr, einzureichen.

Teil 1:
Formulare zum Teilnahmeantrag (Phase 1 – einzureichen bis zum 22.12.2026, 09:00 Uhr)

Formular 1.1: Allgemeine Angaben des Bewerbers

Teilnahme am Vergabeverfahren *(Zutreffendes bitte ankreuzen)*

☐ als Einzelbewerber

☐ als Bietergemeinschaft, ggf. Name der Bietergemeinschaft:

Einzelbieter

Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Nummer der Eintragung, bei Registergericht		
Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Gesellschafter)		

Die folgenden Seiten sind nur im Falle einer Bietergemeinschaft auszufüllen:

Teilnehmer der Bietergemeinschaft

Mitglied der Bietergemeinschaft Nr. *(Bitte nummerieren)*		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Nummer der Eintragung, bei Registergericht		
Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Gesellschafter)		

Bei weiteren Teilnehmern der Bietergemeinschaft bitte diese Tabelle kopieren und ausgefüllt als Bestandteil von Formular 1.1 beifügen

Angaben zur Aufgabenteilung innerhalb der Bietergemeinschaft:

Bevollmächtigter Vertreter der Bietergemeinschaft:
_____ *[bitte Name / Firma des bevollmächtigten Vertreters eintragen]*

Der bevollmächtigte Vertreter vertritt die Mitglieder der Bietergemeinschaft. Die Mitglieder der Bietergemeinschaft haften gesamtschuldnerisch.

Unterschriften:

Für das Unternehmen Nr. 1

_____ Ort, Datum

_____ Name(n) der Person(en), welche die Erklärung für das Unternehmen rechtsverbindlich abgibt

Für das Unternehmen Nr. 2

_____ Ort, Datum

_____ Name(n) der Person(en), welche die Erklärung für das Unternehmen rechtsverbindlich abgibt

Für das Unternehmen Nr. 3

_____ Ort, Datum

_____ Name(n) der Person(en), welche die Erklärung für das Unternehmen rechtsverbindlich abgibt

Formular 1.2: Eignungsnachweise / Eigenerklärungen zur Eignung

Hinweis: Im Falle einer Teilnahme als Bietergemeinschaft ist dieses Formular 1.2 zu kopieren und von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft gesondert auszufüllen.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung gemäß der europaweiten Auftragsbekanntmachung und Nummer 3.3 des Verfahrensleitfadens hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB und § 124 Abs. 1 GWB auch für diese Unternehmen vorzulegen.

Sofern ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt (Eignungsleihe), ist der Vergabestelle nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorgelegt wird.

(Zutreffendes bitte ankreuzen!)

Eintragung in das Berufsregister

☐ Ich bin/Wir sind im Handelsregister eingetragen.

☐ Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag bzw. Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir zur Bestätigung meiner/unserer Erklärung auf Verlangen vorlegen: Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug, Eintragung in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.

Beschäftigtenzahl

☐ Ich erkläre/Wir erklären, dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen und ich/wir mindestens fünf fachlich geeignete Mitarbeitende für die Umsetzung des Auftrags und den anschließenden Service im Bereich Hardware und Netzwerktechnik beschäftige(n) (Mindestanforderung gemäß Nummer 3.3.2 des Verfahrensleitfadens).

Eigenerklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren im ausgeschriebenen Leistungsbereich ersichtlich ist:

Arbeitnehmer	2023	2024	2025
im Unternehmen insgesamt (umgerechnet auf Vollzeitkräfte)			
davon fachlich geeignete Mitarbeitende im Bereich Hardware und Netzwerktechnik (Mindestanforderung: 5)			
davon Führungskräfte			
Vollzeitkräfte			
Teilzeitkräfte			
Auszubildende			

Eigenerklärung gemäß § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG)

Ich erkläre/wir erklären,

☐ dass ich/wir **nicht** wegen eines Verstoßes gegen § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden bin/sind.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:
[nur bei Bedarf auszufüllen]

Eigenerklärung zum Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)

Ich/Wir, das vorgenannte Unternehmen, erklären,

☐ dass ich/wir in den letzten drei Jahren **nicht** wegen eines rechtskräftig festgestellten Verstoßes nach § 24 Absatz 1 LkSG mit einer Geldbuße nach Maßgabe von § 24 Absatz 2 LkSG belegt worden bin/sind.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:
[nur bei Bedarf auszufüllen]

Eigenerklärung, dass die Ausschlussgründe des § 123 GWB nicht vorliegen

☐ Hiermit erkläre/n ich/wir, dass keine Person, die meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt ist wegen eines Straftatbestandes, der im Folgenden aufgezählt ist:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen,
3. § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr),
10. den §§ 232 und 233 StGB (Menschenhandel) oder § 233a StGB (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Darüber hinaus erkläre ich/erklären wir in Bezug auf das Unternehmen, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:
[nur bei Bedarf auszufüllen]

Eigenerklärung, dass die Ausschlussgründe des § 124 GWB nicht vorliegen

Hinweis: Falls eine der nachfolgenden Erklärungen nicht abgegeben werden kann, ist diese zu streichen. Zudem sind nachfolgend im separaten Kasten die näheren Umstände hierzu zu erläutern.

☐ Ich erkläre/Wir erklären in Bezug auf das durch uns vertretene Unternehmen, dass keiner der folgenden Tatbestände vorliegt, insbesondere nicht, dass

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- und arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 GWB ist entsprechend anzuwenden,
4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen, Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln oder
9. das Unternehmen
   a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
   b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
   c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:
[nur bei Bedarf auszufüllen]

Eigenerklärung über das Vorliegen einer Betriebshaftpflichtversicherung

Ich erkläre/wir erklären, dass eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in Höhe von mind. EUR 1 Mio. für Personenschäden für jede einzelne Person, mindestens EUR 2 Mio. für Sachschäden und mindestens EUR 0,5 Mio. für Vermögensschäden besteht oder im Auftragsfalle einen entsprechenden Versicherungsschutz in der geforderten Höhe gestellt wird.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung: [nur bei Bedarf auszufüllen]

Bietereignung (Mindestanforderung)

Wie aus der Vergabebekanntmachung ersichtlich, ist folgende Mindestanforderung nachzuweisen:

Mindestumsatz (§ 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV)

Der durchschnittliche Netto-Gesamtjahresumsatz muss in den vergangenen drei Geschäftsjahren mindestens 2,0 Mio. Euro pro Jahr betragen haben.

Eigenerklärung über den Gesamtumsatz und den Umsatz im Bereich von vergleichbaren Leistungen, jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre

Umsatz in EUR netto/ Geschäftsjahr	2023	2024	2025
Gesamtumsatz:			
Umsatz im Bereich vergleichbare Leistungen (Hardware und Netzwerktechnik)			

Formular 1.3: Nachweis der Mindestanforderungen (Referenzen, Servicehotline, Servicestandort)

Wie aus der Vergabebekanntmachung ersichtlich, sind folgende drei Mindestanforderungen mit dem Teilnahmeantrag (Phase 1) nachzuweisen:

1. Referenzen

Mindestens drei geeignete Referenzen von Projekten, die mit dem ausgeschriebenen Leistungsumfang vergleichbar sind, in Integrierten Leitstellen mit mindestens fünf vollwertigen Einsatzleitplätzen. Die Inbetriebnahme muss innerhalb der letzten fünf Jahre vor dem Tag der Absendung der Auftragsbekanntmachung stattgefunden haben. Mindestens eine Referenz muss sich auf eine ILS mit Redundanzleitstelle beziehen.

Angaben zu Referenzen:

Referenz Nr. 1 Bezeichnung	
Auftraggeber	
Projektbeschreibung	
Beschreibung des Leistungsumfangs	
Dauer und Zeitraum der Leistungserbringung	
Anzahl vollwertiger Einsatzleitplätze in der ILS	
Datum der Inbetriebnahme	
ILS mit Redundanzleitstelle (ja/nein)	

Referenz Nr. 2 Bezeichnung	
Auftraggeber	
Projektbeschreibung	
Beschreibung des Leistungsumfangs	
Dauer und Zeitraum der Leistungserbringung	
Anzahl vollwertiger Einsatzleitplätze in der ILS	
Datum der Inbetriebnahme	
ILS mit Redundanzleitstelle (ja/nein)	

Referenz Nr. 3 Bezeichnung	
Auftraggeber	
Projektbeschreibung	
Beschreibung des Leistungsumfangs	
Dauer und Zeitraum der Leistungserbringung	
Anzahl vollwertiger Einsatzleitplätze in der ILS	
Datum der Inbetriebnahme	
ILS mit Redundanzleitstelle (ja/nein)	

Bitte geben Sie mindestens drei Referenzen an. Für weitere Referenzen kann die Tabelle kopiert werden.

2. Eigene Servicehotline

Nachweis einer Servicehotline mit ständiger Erreichbarkeit (24/7/365) und Rufannahme durch einen fachlich geeigneten Mitarbeiter (kein Anrufbeantworter). Die Reaktionszeit bis zum Beginn der Störungsbeseitigung auf den Systemen der Leitstelle durch einen geeigneten Servicetechniker darf bei Störungen der Priorität 1 nicht mehr als 15 Minuten nach Abgabe der Störungsmeldung betragen. Siehe Anlage 3 (LB ILS HW – IT-Servicekonzept HW und Netzwerk) Positionen 4.2 und 4.3.

Bitte beschreiben Sie Aufbau, Funktion der Servicehotline und ein Beispiel der Bearbeitung einer Störungsmeldung. Bitte fügen Sie das Dokument Ihrem Teilnahmeantrag als Anlage A (höchstens eine Seite DIN A4) bei.

3. Nächster Servicestandort

Nachweis eines Servicestandorts, von dem aus fachlich geeignete Mitarbeiter für eine Störungsbehebung anreisen, falls ein Einsatz in der Leitstelle erforderlich ist. Der Mitarbeiter muss bei Störungen der Priorität 1 und 2 spätestens vier Stunden nach Alarmierung des Vor-Ort-Einsatzes in der Leitstelle eintreffen. Siehe Anlage 3 (LB ILS HW – IT-Servicekonzept HW und Netzwerk) Positionen 4.3 und 4.4.

Bitte beschreiben Sie den Ablauf eines Vor-Ort-Einsatzes und wie viele Personen insgesamt hierfür zur Verfügung stehen. Bitte fügen Sie das Dokument Ihrem Teilnahmeantrag als Anlage B (höchstens eine Seite DIN A4) bei.

Formular 1.4: Erklärung und Signatur zum Teilnahmeantrag

Ich/wir beantrage(n) die Teilnahme am Vergabeverfahren und erkläre(n), dass die in Teil 1 gemachten Angaben und Erklärungen vollständig und zutreffend sind. Mir/uns ist bekannt, dass unzutreffende Angaben zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen können.

Signatur:

Ort, Datum:	
Name des Unternehmens:	
Name(n) der/des Unterzeichner(s) mit Angabe der Funktion im Unternehmen:	

Hinweis: Ist bei einem elektronisch übermittelten Teilnahmeantrag in Textform der Name (Vor- und Nachname) der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, nicht angegeben, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen.

Teil 2:
Formulare zum Angebot (Phase 2 – einzureichen bis zum 11.02.2027, 09:00 Uhr)

Formular 2.1: Allgemeine Angaben des Bieters

Teilnahme am Vergabeverfahren *(Zutreffendes bitte ankreuzen)*

☐ als Einzelbieter

☐ als Bietergemeinschaft, ggf. Name der Bietergemeinschaft:

Einzelbieter

Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Gesellschafter)		

Formular 2.2: Unterauftragnehmer

Ich beabsichtige/wir beabsichtigen,

☐ sämtliche vertragsgegenständlichen Leistungen selbst zu erbringen.

☐ die unten aufgeführten Leistungen durch die Einbindung eines Unterauftragnehmers zu erbringen.

[*Hinweis: Bitte ankreuzen und ggf. Tabelle ausfüllen*]

Verzeichnis der Unterauftragnehmer

Vorgesehene Tätigkeit	**Name / Anschrift** (falls bereits bekannt)

Weitere Unterauftragnehmer sind ggf. auf gesondertem Blatt aufzuführen.

Formular 2.3: Technische Anforderungen und Konzepte

- Ich/wir bieten die hier ausgeschriebene und in unserem Angebot konkretisierte Leistung jeweils entsprechend der eingetragenen Daten im Leistungsverzeichnis (Anlage 2) an.
- Bitte reichen Sie außerdem die in der Leistungsbeschreibung bzw. dem Leistungsverzeichnis geforderten Angaben bzw. Nachweise mit Bezug zur Position bzw. Nummer der Leistungsbeschreibung ein. Bitte fügen Sie die Dokumente in Ihrem Angebot als **Anlage C** bei.
- Mit dem Angebot (Phase 2) sind für die Wertung nach Nummer 3.4 des Verfahrensleitfadens zudem das Personalkonzept (Anlage D), das Umsetzungskonzept (Anlage E) und das Servicekonzept (Anlage F) mit jeweils höchstens zwei Seiten DIN A4 beizufügen. Die inhaltlichen Anforderungen und die Bewertung ergeben sich aus den Nummern 3.4.1 (Personalkonzept), 3.4.2 (Umsetzungskonzept) und 3.4.3 (Servicekonzept) des Verfahrensleitfadens; die Anzahl der Mitarbeitenden wird dabei nicht bewertet.

Bitte beachten Sie: Die in den Vergabeunterlagen geregelten Mindestvorgaben zur Leistungserbringung dürfen nicht geändert oder unterschritten werden.

Formular 2.4: Preisliche Angaben

Ich/wir bieten die hier ausgeschriebene und in unserem Angebot konkretisierte Leistung jeweils entsprechend der eingetragenen Preise im Leistungsverzeichnis (Anlage 2) der Vergabeunterlagen an. **Gewertet wird der Gesamtpreis (netto) aus den Lieferleistungen und der Servicepauschale für die gesamte Vertragslaufzeit von 60 Monaten gemäß EVB-IT Servicevertrag (Anlage 4). Die Wertung des Preises (Gewichtung 40 %) erfolgt nach Nummer 3.4.4 des Verfahrensleitfadens.**

Formular 2.5: Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

(sofern der öffentliche Auftrag nicht vom AEntG erfasst wird und es sich nicht um Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene handelt)

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären,

☐ dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht oder

☐ mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

[Zutreffendes bitte ankreuzen]

☐ dass ich mir/wir uns

  ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n); oder

  ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

[Zutreffendes bitte ankreuzen]

☐ dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

☐ dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

☐ dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,

☐ dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,

☐ dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung

☐ den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,

☐ mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,

☐ der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

Formular 2.6: Rechtsverbindliche Erklärungen und Unterschrift/Signatur des Bieters

Ich/wir biete(n) die ausgeschriebene Leistung entsprechend den Vorgaben der Vergabeunterlagen in Form eines verbindlichen Angebotes an.

Ich/wir erkläre(n) hiermit,

- dass ich/wir die Vergabeunterlagen vollständig erhalten habe(n),
- dass ich/wir die Information Datenschutz (Anlage 6) zur Kenntnis genommen habe(n) und diese dem Angebot beigefügt ist,
- dass ich/wir im Angebot vorsätzlich keine unzutreffende Erklärung in Bezug auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgegeben habe(n),
- dass der Vertrag mit Zuschlagserteilung zustande kommt und nachträglich lediglich schriftlich zu dokumentieren ist,
- dass wir die Abwicklung des Projekts im vorgegebenen Zeitrahmen durchführen können.

Ich halte mich/Wir halten uns an mein/unser Angebot bis zum Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist (05.03.2027) gebunden.

Mir/uns ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zum Ausschluss meines/unseres Unternehmens vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwaigen erteilten öffentlichen Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grund führen kann.

Signatur:

Ort, Datum:	
Name des Unternehmens:	
Name(n) der/des Unterzeichner(s) mit Angabe der Funktion im Unternehmen:	

Hinweis: *Ist bei einem elektronisch übermittelten Angebot in Textform der Name (Vor- und Nachname) der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, nicht angegeben, wird das Angebot ausgeschlossen.*